

Vorbericht
zum 1. Nachtragshaushaltsplan
Amt Schlaubetal
für das Haushaltsjahr 2025

Notwendigkeit eines Nachtragshaushaltes

Aufgrund des Widerspruches einer Gemeinde gegen die erhobene undifferenzierte Amtsumlage in Höhe von 33 v.H. wurden die im Widerspruch angesprochenen Aufgaben und die zugehörigen Übertragungsbeschlüsse geprüft.

Bei der bisherigen Prüfung bestätigte sich, dass einige Gemeinden (Ragow-Merz und Grunow-Dammendorf) keine Beschlüsse zur Übertragung der Aufgabe des Tourismus gefasst haben.

Im Rahmen des Widerspruches erfolgte weiterhin die Prüfung, ob und wie durch das Amt Aufgaben ohne Übertragungsbeschlüsse wahrgenommen wurden.

So wurden nach der Neuorganisation der Jugendkoordination im Amt 2024 (Übergabe der Jugendkoordination an die Stiftung SPI) keine klarstellenden Beschlüsse zur Kostenübernahme durch die betroffenen Gemeindevertretungen gefasst.

Im Rahmen der o.g. Prüfung sind für die Aufstellung des Nachtrages verschiedene Aufgaben kritisch hinterfragt worden, die jedoch bisher noch keiner endgültigen Klärung zugeführt werden konnten.

Dies bezieht sich vor allen Dingen auf die Ausgestaltung der Aufgabe der Musikpflege, der Wirtschaftsförderung, der Jugendpflege sowie der Städtepartnerschaften.

Hier müssen durch den Amtsausschuss (nicht nur für die folgenden Haushalte) und die Gemeinden Diskussionen und Festlegungen zu den Aufgaben der Amtsverwaltung und danach gegebenenfalls klarstellende Beratungen und Beschlüsse der Gemeinden gefasst werden.

Die weitere Notwendigkeit zur Aufstellung eines Nachtragshaushaltes ergibt sich durch die im April 2025 erfolgte Abwahl des Amtsdirektors.

In der Folge wurden notwendige organisatorische Veränderungen erkennbar, die ebenso wie die Abwahl an sich finanzielle Auswirkungen auf den Amtshaushalt in 2025 sowie in den Folgejahren haben werden.

Ergebnis der Prüfung des Widerspruches:

Nach Prüfung des Widerspruches der Gemeinde Grunow-Dammendorf wird eine differenzierte Amtsumlage wie folgt vorgeschlagen:

Die Gemeinden Ragow-Merz und Grunow-Dammendorf haben nachweislich die Aufgabe des Tourismus/der Tourismusförderung nicht an das Amt übertragen. In diesem Produkt ist ein Ergebnis des Teilhaushaltes in Höhe von - 72.400 € geplant.

Für diese Aufgabe wird die Amtsumlage anteilig für die Gemeinden mit Übertragungsbeschluss (Stadt Müllrose, Gemeinde Mixdorf, Gemeinde Schlaubetal und Gemeinde Siehdichum) an der entsprechenden Umlagegrundlage berechnet. Daraus ergibt sich für dieses Produkt ein Umlageanteil in Höhe von 0,54 vom Hundert, welcher für die Kommunen mit Übertragungsbeschluss zusätzlich anfällt.

Die Aufgabe der Jugendförderung (Jugendkoordination) wurde durch das Amt auf die Stiftung SPI übertragen.

Im Rahmen dieses Übertragungsbeschlusses wurde die Erstattung des ehemaligen kommunalen Eigenanteiles durch die Kommunen an das Amt (zur Weiterleitung an die Stiftung) nach Aufteilung der Kinderzahlen der Gemeinden festgelegt.

Die Stiftung SPI hat nach einer Anlaufphase vor allem in 2025 die Aufgaben in den Gemeinden Schlaubetal, Siehdichum und Mixdorf wahrgenommen. Die Gemeinden Ragow-Merz, Grunow-Dammendorf und die Stadt Müllrose haben aus unterschiedlichen Gründen keinen Bedarf gemeldet. In aktuellen Kalenderjahr wurden durch die Kinder der entsprechenden Kommunen keine Angebote wahrgenommen bzw. die Angebote von SPI entsprechend zurückgefahren. Die Stadt Müllrose hat ein eigenes Jugendangebot mit der Stiftung SPI angesetzt.

Im Haushaltsplan 2025 werden Grunow-Dammendorf und Ragow-Merz im Umlageschlüssel aufgeführt.

Im Rahmen der Nachtragsplanung und aus den vorgenannten Gründen wurde hierfür die Erstattungsmodalität auf die verbleibenden drei Gemeinden angepasst.

Statistische Angaben

Gemeindegröße: 295,20 km²

Entwicklung der Einwohnerzahlen:

	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2023	Zensus 15.05.2022	Vor Zensus 30.06.2022	Zensus 31.12.2023
	9.966	9795	9999	9767	9995	9783

Überblick über die Hebesätze:

	2022	2023	2024	Haushalt 2025	Nachtrag 2025
Amtsumlage	30 v.H.	31 v.H.	34,6 v.H.	33,0 v.H.	32,52
Grunow -Dammendorf, Ragow-Merz					
Mixdorf, Müllrose, Schlaubetal, Siehdichum	30 v.H.	31 v.H.	34,6 v.H.	33,0 v.H.	33,06

Ergebnishaushalt

Zum Jahresende 2023 lag der Jahresabschluss 2016 des Amtes Schlaubetal vor. Im Ergebnis wurde der Bestand der ordentlichen Rücklage auf 1.360.567,96 € festgestellt. Der Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2017 wurde zwischenzeitlich zur Prüfung eingereicht, die Jahresabschlüsse für 2018 und 2019 werden gerade für die Einreichung vorbereitet.

Vorläufige Ergebnisentwicklung

Jahr	Bemerkung	Geplantes Ergebnis in T€	Ergebnis in T€	Kumuliertes Ergebnis in T€
2016	Festgestelltes Ergebnis			1.360,5
2017	Vorläufiges Ergebnis		0,0	1.360,5
2018	Vorläufiges Ergebnis	-253,0	140,0	1.500,5
2019	Vorläufiges Ergebnis	-252,0	40,0	1.540,5
2020	Vorläufiges Ergebnis	-165,3	1.200,0 ¹⁾	2.740,5
2021	Vorläufiges Ergebnis	-590,8	0,0	2.740,5
2022	Vorläufiges Ergebnis	-524,0	+200,0 ²⁾	2.940,5
2023	Hochrechnung	-671,6	-550,0 ³⁾	2.390,5
2024	Planung 2024	-249,4		2.141,1

- 1.) Das hohe positive Ergebnis entsteht durch die Inanspruchnahme von Rückstellungen durch den Rücktritt des Hauptverwaltungsbeamten in 2020 und die Umstellung der Rücklagebedeckung des Kommunalen Versorgungsverbandes
- 2.) Das hohe positive Ergebnis entsteht durch die Inanspruchnahme von Rückstellungen durch den Tod eines ehemaligen Hauptverwaltungsbeamten.
- 3.) Das Ergebnis wird bedingt durch die Zuführung zur Pensionsrücklage aufgrund der Pensionierung einer Beamtin.

Der Stand der Rücklage wird zum Ende des HH-Jahres 2024 voraussichtlich 2.141,1 T€ betragen.
Der Bestand der Finanzmittel korrespondiert bei weitem nicht mit dem o.g. Rücklagebestand.

Entwicklung der Amtsumlage:

Jahr	Umlagegrundlage in €	Veränderung Umlagegrundlage Zum Vorjahr in %	Amtsumlage	Hebesatz
2015	8.910.040		2.530.451,36	28,4
2016	9.133.499	2,45	2.904.452,68	31,8
2017	9.912.881	7,86	3.142.383,28	31,7
2018	10.268.342	3,46	2.977.819,18	29
2019	11.016.876	6,79	3.194.894,04	29
2020	12.739.130	13,52	3.566.956,40	28
2021	11.907.017	-6,99	3.453.034,93	29
2022	12.552.599	5,14	3.765.771,00	30
2023	13.461.302	6,75	4.173.000,00	31
2024	13.803.505	2,54	4.806.800,00	34,6
2025	15.120.637	9,54	4.989.810,21	33,0
2025 NT	15.130.665		4.984.209,67	

Der Ansatz der Umlagegrundlage bleibt auch für den 1. Nachtragshaushalt 2025 geschätzt. Grundlage für die Festsetzung der Schlüsselzuweisung wäre der beschlossene Landeshaushalt 2025/2026 sowie das Haushaltsbegleitgesetz. Diese befanden sich vom 18.06. bis 20.06.2025 in der Beschlussfassung durch den Landtag. Am 20.06.2025 wurde der Landeshaushalt endgültig beschlossen. Bis dato liegen jedoch keine Bescheide vor.

Der Nachtragshaushalt des Amtes für 2025 wurde wie oben berichtet mit differenzierten Hebesätzen aufgestellt. Für die Folgejahre wird vorerst auf einen durchschnittlichen Hebesatz von 33,5 v.H. orientiert. Näheres werden die erwarteten Orientierungsdaten zeigen.

Die Hauptaufgabe der Verwaltung in den nächsten Jahren besteht in der Einführung und Weiterführung der Digitalisierung, dem Erreichen einer gut funktionierenden Verwaltungsstruktur und der verwaltungsrechtlichen Qualifizierung des vorhandenen Personales damit der Abbau von Arbeitsrückständen ermöglicht wird. Die Absicherung der gesetzlichen Vorgaben des Brand- und Katastrophenschutzes bleibt eine finanzielle Herausforderung.

Dennoch wurden im Zuge der Nachtragsplanung im Bereich Brandschutz kaum Mittel des Ergebnishaushaltes. Im Jahr 2023 wurden Beschlüsse zur Beschaffung von notwendigen Feuerwehrfahrzeugen gefasst, welche die Finanzmittel (selbst mit entsprechenden Fördermitteln) im Jahr 2024 und 2025 stark belasten.

Vorschau auf die Ergebnisentwicklung

Jahr	Bemerkung	Ergebnis in T€	Kumuliertes Ergebnis in T€
2019	Vorläufiges Ergebnis	40,0	1.540,5
2020	Vorläufiges Ergebnis	1.200,0*	2.740,5
2021	Vorläufiges Ergebnis	0,0	2.740,5
2022	geschätztes Ergebnis	+200,0	2.940,5
2023	Hochrechnung	-550,0	2.390,5
2024	Plan 2024	-249,4	2.141,1
2025	Plan 2025	-436,6	1.704,5
2026	Plan 2025	-350,2	1.354,3
2027	Plan 2025	-271,1	1.083,2
2028	Plan 2025	-195,2	888,0

Erläuterungen

Personal und Personalkosten

Am 17.04.2025 wurde der amtierende Amtsdirektor abgewählt. Dies hat zur Folge, dass bis zum August 2025 die bestehende Besoldung weiterhin gezahlt werden muss.

Ab dem September 2025 sind für drei Jahre 75 % der Besoldung zu zahlen.

Der Amtsausschuss hat die Stelle des Amtsdirektors zur Besetzung zum nächstmöglichen Zeitpunkt ausgeschrieben.

Für den Nachtragshaushalt wurde mit entsprechenden Kosten bei einer **Besetzung zum 01.10.2025** gerechnet.

Im Rahmen der, dem Amtsausschuss am 26.06.2025 vorgelegten, neuen Organisationsstruktur ist der Nachweis weiterer Stellen im Stellenplan notwendig, dafür werden **2,87** vorhandene Stellen bei den **Angestellten** zusätzlich sowie **1 Beamtenstelle** (bereits im Plan 2025) mit einem kw-Vermerk versehen.

Eine Anpassung der Kosten wurde vor allem bei den Umlagen an den Kommunalen Versorgungsverband vorgenommen. Hier ist die Umlagehöhe stark angestiegen.

Im Bereich der Auszubildenden und Studenten ist festzustellen, dass die Ausschreibung für einen Dualen Studenten/eine duale Studentin „Öffentliche Verwaltung Brandenburg“ erfolgreich war. Hier wird das Studium am 01.09.2025 beginnen.

Eine Besetzung des zweiten dualen Studienganges „Verwaltungsinformatik Brandenburg“ war aufgrund geringer Bewerberzahlen nicht erfolgreich.

Der duale Student wird im August sein Studium erfolgreich beenden. Auf Grund des wachsenden IT - Ausstattungsgrades und der Sicherheitsanforderungen der Schulen im Amtsbereich (Schüler-Technik, digitale Boards, Netzwerk, Server) sowie der nachgeordneten Einrichtungen (Kitas, Haus des Gastes, Dorfgemeinschaftshäuser) ist hier die dauerhafte Ausweisung einer weiteren Stelle im IT -Bereich vorgesehen.

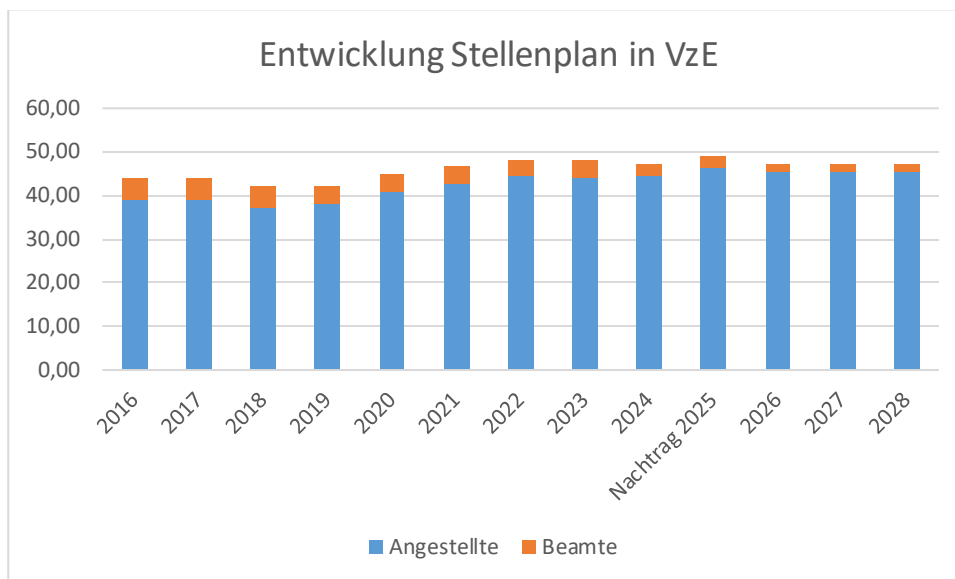
Auch für den Auszubildenden ist das Ende der Lehre im August 2025 abzusehen. Hier kann nach aktuellem Stand keine Übernahme erfolgen, da keine freie Stelle ausgewiesen wird.

Zurzeit stellt die Vielzahl verwaltungsfremder Mitarbeiter eine Herausforderung bei der Einarbeitung dieser dar. In diesem Zusammenhang ist für 2025 und 2026 nicht vorgesehen weitere Praktikanten oder Auszubildende einzustellen.

Weiterhin bleibt die Schulung der vielen Seiteneinsteiger eine große Aufgabe, die auch bei der Höhe der Schulungskosten ersichtlich ist. Eine Kürzung im Rahmen der Nachtragsplanung erfolgte deshalb nur sehr geringfügig.

Entwicklung Stellenplan

Jahr	Angestellte	Beamte	Gesamt	Bemerkung
2016	39,20	5,00	44,20	
2017	38,84	5,00	43,84	
2018	37,09	5,00	42,09	
2019	38,04	4,00	42,04	
2020	41,04	4,00	45,04	
2021	42,67	4,00	46,67	
2022	44,27	4,00	48,27	
2023	44,20	4,00	48,20	
2024	44,35	3,00	47,35	
Nachtrag 2025	46,27	3,00	49,27	
2026	45,40	2,00	47,40	Wegfall 1 Beamtenstelle 0,87 Stellen Angestellte bei Wegfall der KW-Stellen Gesamt 45,40
2027	45,40	2,00	47,40	bei Wegfall der KW-Stellen Gesamt 45,40
2028	45,40	2,00	47,40	bei Wegfall der KW-Stellen Gesamt 45,40



Bei Wegfall der mit kw-Vermerk gekennzeichneten 2 Stellen würde der Stellenbestand 2028 bei 45,4 liegen.

Änderungen im Ergebnishaushalt nach Produkten

Allgemein:

Anpassung der Ansätze für Erträge aus Sonderposten und Aufwendungen aus Abschreibung

Durch die Einstellung einer stellvertretenden Kämmerin und die Neuordnung von Personal zur Kämmerei konnte in der Anlagenbuchhaltung die Aktivierung von Anlagegütern für das Amt zügiger aufgearbeitet werden. Dies schlägt sich in der Anpassung der Ansätze von Sonderposten und Abschreibungen nieder. (Für in Planung und Ausführung befindliche Investitionen werden die Abschreibungen und Sonderposten aufgrund der entstehenden Wirtschaftsgüter und deren Nutzungsdauer hochgerechnet und ggf. geschätzt.)

11110 Gemeindeorgane

In 2024 fanden Kommunalwahlen statt. Um das Personal im Sitzungsdienst zu entlasten, sollen Sitzungen in Zukunft früher beginnen. Das hat zur Folge, dass für die Wahrnehmung der ehrenamtlichen Aufgaben ggf. Verdienstausschlag zu zahlen ist. Hierfür wurden Mittel berücksichtigt.

Der Leasingvertrag für das Fahrzeug des Amtsdirektors läuft in 2025 aus. Für einen Wechsel des Fahrzeuges und die Anpassung der Vertragsleistungen (km) wurden die Mittel angepasst.

Wesentliche Änderungen:

- Anpassung der Ansätze durch erteilte Aufträge (Rechtsberatung)
- Kürzung der Ansätze für Repräsentation- und Verfügungsfond
- Kürzung der Schulungskosten im Bereich AD

11120 Amtsgebäude/Innere Verwaltung

Instandhaltung Gebäude und Geräte:

In den Vorjahren gab es im Amtsgebäude brandschutztechnische Probleme, die bauliche Anpassungen des Bestandsgebäudes sowie der Außenanlagen nach sich zogen. Zu den aufzuarbeitenden Brandschutzauflagen gehört auch die Anpassung des Bereiches Meldewesen. Hier soll auch die sich verändernde Rechtslage im Passbildbereich berücksichtigt und in das Raumkonzept eingearbeitet werden. Die Umsetzung wird ab Oktober 2024 erfolgen. Die Mittel für die Strangsanierung im Amtsgebäude sind mit 10 T€ (Planung) 2025 und 70 T€ (Ausführung) 2026 berücksichtigt.

Ab 2027 soll die Fassade des Amtsgebäudes in einzelnen Etappen saniert werden.

Bewirtschaftungskosten:

Im Bereich der Bewirtschaftungskosten wurde berücksichtigt, dass der Vertrag über Stromversorgung im August 2024 neu vergeben wurde. Die Ansätze mussten nur minimal erhöht werden.

Die Mietverträge für Kopierer müssen in 2026 neu ausgeschrieben werden. Hier wird sich hoffentlich die fortschreitende Digitalisierung mit Einsparungen bemerkbar machen.

Zu 2027 muss die Reinigung der Verwaltung neu organisiert werden. Die Mitarbeiterin wird in Rente gehen. Hier muss eine Entscheidung über die Neubesetzung oder Übergabe der Arbeiten an eine externe Firma getroffen werden.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen:

Durch die Änderung der Bekanntmachungsverordnung ist es möglich (nach Änderungen der Hauptsatzungen) dass Amtsblatt nur noch digital zu veröffentlichen. Die Umsetzung ist schnellstmöglich noch in 2024 geplant. Der Ansatz wurde entsprechend ab 2025 gemindert.

Der Amtsausschuss will weiterhin einige Druckexemplare für ältere Bürger an verschiedenen Anlaufpunkten bereithalten.

Für die Durchführung von Veranstaltungen im Rahmen der Städtepartnerschaft mit Slonsk und der Wirtschaftsförderung wurden 2024 10 T€ bereitgestellt. Diese wurden auch für die Folgejahre berücksichtigt. Wie oben bereits erwähnt, ist die Weiterbildung des Personals dringend notwendig. Hierfür sind Mittel für Verwaltungslehrgänge A1 und A2 sowie weitere Schulungen berücksichtigt.

sonstige ordentliche Aufwendungen

Der digitale Versand der Steuerbescheide zur postalischen Verarbeitung bei einem Dienstleister (Post) hat sich etabliert. Die Versandmöglichkeit wird nun auch in anderen Sachgebieten (Kasse, Kita-Schule) genutzt.

Es ist ein Anstieg der Post- und Fernmeldegebühren zu verzeichnen, der auch durch die Nutzung eines zusätzlichen Internetanschlusses bei der Telekom begründet wird. Die Telekom hat angekündigt den Internetanschluss der Verwaltung im Dez. 2024 auf Glasfaser umzustellen, so dass eine Kosteneinsparung erfolgen könnte. Hier wird auf die Zuverlässigkeit der Aussagen der Telekom gehofft.

Durch die Möglichkeit der digitalen Veröffentlichung des Amtsblattes entfallen (sinken) die Kosten der Verteilung. Hier lag großes Einsparpotential vor.

In 2025 sind durch die Steuerabteilung Steuerbescheide für die Grundsteuer A und B nach dem neuen Grundsteuergesetz zu versenden. Es ändern sich insbesondere bei der Grundsteuer A (Land- und Forstwirtschaft) die Bescheidadressaten, da diese nicht mehr die Pächter sondern der Grundstückseigentümer sind. Dadurch wird sich die Anzahl der Bescheide erhöhen.

Ein weiterer Ansatz ist zur Umsetzung der Vorgaben des OZG vorgesehen. Hier sind Mittel für Beratungsleistungen berücksichtigt.

Die Umstellung der Personalsoftware auf ein Unternehmen mit kommunalen Kompetenzen ist beauftragt. Aktuell ist der Projektplan in Erarbeitung. Die Umstellung wird sich in Teilbereichen bis in 2025 (Zeiterfassung) verlagern. Daher wurde ein kleiner Ansatz in 2025 berücksichtigt.

Durch die vorgesehene Pensionierung eines Beamten in 2025 sind Zuführungen zu Pensionsrückstellungen und Beihilferückstellungen für Versorgungsempfänger geplant.

Wesentliche Änderungen:

- Anpassung der Ansätze Personalkosten durch Organisationsänderung, Einarbeitung Umlageerhöhung Kommunalen Versorgungsverband
- Anpassung Einführung Kosten neue Personalsoftware (Einarbeitung Mehrkosten Übergang alte - und neue Software)
- Verschiebung der Fassadensanierung auf Beginn 2029
- Kürzung bei Instandhaltungsmaßnahmen
- Kürzung im Bereich der Wirtschaftsförderung/Städtepartnerschaft
- Kürzung Ansatz Portokosten/Verteilung Amtsblatt

11130 Finanzverwaltung

Um die Personalentwicklung innerhalb der Kämmererei, die Vertretung der Kämmerin sowie die Nachfolge der Kassenleiterin in den nächsten Jahren abzusichern, sind erhöhte Mittel für Lehrgänge 2025 und 2026 geplant. Weiterhin ist die Aufarbeitung und Prüfung der offenen Jahresabschlüsse (Amt Schlaubetal = 7) eine Hauptaufgabe, für deren Abarbeitung die Mittelbereitstellung erfolgt.

Wesentliche Änderungen:

- Einarbeitung durch Folgen organisatorischer Änderungen
- Erhöhung Ansatz Vollstreckungskosten wg. Kostensteigerung beim Landkreis

11150 EDV

Durch die Ausweitung der Softwaremodule im Rahmen des OZG (Onlinezugangsgesetz) sowie der Digitalisierung (Dokumentenmanagement) werden die Kosten für die Unterhaltung der Software weiter steigen.

Bei einigen Softwareanbietern wird für die nächsten Jahre ein Wechsel der Philosophie kommuniziert. Hier ist der Wechsel zur Softwaremiete vorgesehen und für neue Module bzw. Programmupgrades auch nur noch die Miete möglich. (z. Bsp. Office 365, Autocad)

Zusätzlich folgen aus der notwendigen und gesetzlich vorgegebenen Digitalisierung hohe Kosten im Bereich der Anpassung und Erweiterung der Software und im gleichen Maße zur Absicherung der Anforderungen an die Sicherheitsstrukturen, die Vernetzung der Standorte untereinander sowie mit dem Land Brandenburg. Diese Anforderungen sind zurzeit nur unter regelmäßiger Einbeziehung einer Betreuungsfirma aufzuarbeiten. Für den Bereich der Sachverständigenkosten wurde daher auch weiterhin die Unterstützung der IT -Betreuungsfirma berücksichtigt.

Das zur Zeit genutzte Geoportal ist nicht nutzerfreundlich und entspricht nicht dem Stand der Technik. Hier ist ein Wechsel vorgesehen. Weiterhin sollen aktuelle Luftbilder erworben werden.

In diesem Produkt sind ebenfalls Schulungen zur Erweiterung der Nutzung von Session für Abgeordnete und Mitarbeiter eingeplant.

11160 Bauverwaltung

In 2023 wurde der Auftrag für die wichtige und vorgeschriebene Straßenzustandserfassung an eine Sachverständigenfirma vergeben. Die Übergabe der Daten erfolgt in 2024.

12100 Statistik und Wahlen

Im Jahr 2025 findet die nächste Bundestagswahl statt. Die daraus resultierenden voraussichtlichen Kosten wurden berücksichtigt.

Für Sitzungen des Wahlausschusses bei Wechseln von Vertretern der Gremien sind in Folgejahren weitere Mittel berücksichtigt.

Wesentliche Änderungen:

- Anpassung der Kostenerstattung und des Aufwandes

12210 Ordnungsaufgaben

Die Aufwendungen für ordnungsbehördliche Maßnahmen, insbesondere die Unterbringung von Fundtieren steigen derzeit stark an. Hier wurde der Ansatz angepasst.

12210 Einwohnermeldewesen

Wesentliche Änderungen:

- Anpassung der Erträge aus Gebühren

- Anpassung der Aufwendungen für Personalausweise und Pässe

12600 Brandschutz

Instandhaltung Gebäude und Geräte:

In 2023 wurden die Ansätze für Instandhaltung stark zurück gefahren. Hier wurden wieder Sanierungsmaßnahmen geplant.

Sonstige ordentliche Aufwendungen:

Zur Absicherung der Einsatzbereitschaft der Feuerwehren ist für jedes Feuerwehrgerätehaus ein Telefon- und Internetanschluss vorgesehen. Hier werden in den Folgejahren weitere Kosten anfallen.

In 2025 sind zur Fortschreibung des Gefahrenabwehrbedarfsplanes weitere Mittel vorgesehen.

21100 Grundschule Schlaubetal

In die Fertigstellung der baulichen Veränderungen der Grundschule (zusätzlicher Klassenraum/Dachgeschossausbau/Erneuerungen Dachhaut) wurde in den letzten Jahren viel Kraft und viele Mittel investiert.

Die Aufarbeitung des Brand- und Arbeitsschutzes wurde im aktuellen Plan mit zeitlicher Anpassung aufgenommen.

Die digitale Weiterentwicklung der kommunalen Kita- und Schulstandorte wird offensiv angegangen. Insbesondere durch Förderprogramme der Bundes- und Landesregierung sollen Informationstechnik und digitale Medien Einzug in die Kitas und Schulen halten. Dies betrifft nicht nur die Kinder, sondern gerade das Betreuungs- und Leitungspersonal.

Durch den Hortneubau der Gemeinde Schlaubetal und die gestiegene Schülerzahl 2024/2025 verändert sich die Anzahl der durch den Hort in der Schule genutzten Räume. Damit ist auch von der Senkung des Betriebskostenanteiles auszugehen.

Weiterhin problematisch ist die Kostenentwicklung im Bereich der Reinigungsleistungen. Hier erfolgen regelmäßig Anpassungen durch den Auftragnehmer bedingt durch den Mindestlohn und die Personalknappheit.

26200 Musikpflege

Im Jahr 2024 hat das Amt Schlaubetal mit Schenkungsvertrag einen Flügel erhalten.

Der Amtsausschuss hat der Schenkung zugestimmt. Die zugehörigen Kosten sind unter diesem Produkt dargestellt.

Wesentliche Änderungen:

- keine Unterhaltung des Flügels

In Absprache mit dem Spender soll hier die Übergabe an die Stadt Müllrose erfolgen, sofern von der Stadt die Zustimmung erteilt wird. Gegebenenfalls wird auch eine Rücknahme erwogen.

36250 sonstige Jugendarbeit

Die Aufgabe der Jugendarbeit wurde per Beschluss des Amtsausschusses an einen freien Träger übergeben. Dafür erhält der freie Träger einen Personalkostenzuschuss. Die Refinanzierung wird per Beschluss durch die Gemeinden (außer Müllrose) übernommen.

Die Finanzierung stellt sich voraussichtlich wie folgt dar:

Anteil gemäß Anzahl Jugendliche/Kinder unter 18

Ragow-Merz	84 Kinder/	= 3.836,28 €
Grunow-Dammendorf	74 Kinder	= 3.379,58 €
Schlaubetal	309 Kinder	= 14.112,03 €
Siehdichum	233 Kinder	= 10.641,11 €
Mixdorf	132 Kinder	= 6.028,44 €

832 Kinder

38 T€/832 Kinder = 45,67 € pro Kind

Weiterhin wurde in 2023 durch den Amtsausschuss beschlossen, ab 2024 einen Zuschuss für Angebote für Kinder im Grundschulalter bereitzustellen. Hier übernimmt ebenfalls ein freier Träger die Aufgabe.

Wesentliche Änderungen:

Aufteilung des Eigenanteils für die Jugendkoordination auf die Gemeinden Mixdorf, Schlaubetal und Siehdichum

Schlaubetal	309 Kinder	= 17.421,37 €
Siehdichum	233 Kinder	= 13.136,50 €
Mixdorf	132 Kinder	= 7.442,13 €

38 T€/674 Kinder = 56,38 € pro Kind

51110 Flächennutzungsplanung Gemeinden

Die Überarbeitung des Flächennutzungsplanes und des Landschaftsplanes der Gemeinden ist weiterhin im Haushaltsplan berücksichtigt.

Nach Abzug der wahrscheinlichen Kostenerstattungen durch Betreiber von Anlagen für erneuerbare Energien im Rahmen städtebaulicher Verträge verbleibt kein voraussichtlicher Erstattungsbetrag.

Hier muss noch ein entsprechender Umlageschlüssel festgelegt und beschlossen werden!

Vorschlag:

	km ²	2025	2026	2027
Grunow-Dammendorf	44,72	19.724,77 €	19.724,77 €	9.862,39 €
Ragow-Merz	43,53	19.199,89 €	19.199,89 €	9.599,95 €
Mixdorf	13,04	5.751,59 €	5.751,59 €	2.875,79 €
Schlaubetal	52,35	23.090,16 €	23.090,16 €	11.545,08 €
Siehdichum	73,08	32.233,59 €	32.233,59 €	16.116,80 €
Summe	226,72	100.000,00 €	100.000,00 €	50.000,00 €

Sofern eine Förderung der Planung möglich und positiv beschieden ist, reduziert diese den Eigenanteil der amtsangehörigen Gemeinden.

In vorherigen Jahren wurde rechtliche Beratung in Bezug auf erneuerbare Energien in Anspruch genommen. Die Höhe der eingestellten Mittel für Folgejahre wurde allerdings gegenüber den Vorjahren reduziert.

55110 Grünflächenpflege

Für die Unterhaltung des Schlaubetalwanderweges wurden Mittel eingestellt.

55300 Friedhofs- und Bestattungswesen

55400 Naturschutz und Landschaftspflege

Der Amtsausschuss hat sich zur Beteiligung an den Betriebskosten für das Besucherinformationszentrum Naturpark Schlaubetal bekannt. Ab 2025 wurden unter diesem Produkt Mittel berücksichtigt.

61100 allgemeine Zuweisungen und Umlagen

Die Amtsumlage wird mit einem Betrag in Höhe von 4.989,8 T€ und einem Hebesatz von 33,0 v. H. auf Grundlage der Orientierungsdaten vom 05.07.2024 berechnet.

(Erläuterung siehe oben!) Für die Folgejahre wird ein Hebesatz von 33,5 v.H. angestrebt um den Finanzmittelbestand und vorgesehene Investitionen (Löschwasserversorgung und Feuerwehrfahrzeuge) abzusichern. Ein Haushaltsausgleich im Ergebnishaushalt ist in den nächsten Jahren angestrebtes Ziel.

Wesentliche Änderungen:

Siehe Erläuterungen zur differenzierten Amtsumlage zu Beginn des Vorberichtes.

Finanzhaushalt

Kassenbestand

Das Amt konnte zum Jahresende 2023 einen Kassenbestand von 1.489.039,66 € ausweisen.

Berechnung frei verfügbare Finanzmittel

Bestand zum 31.12.2023	1.489.039,66 €
Veränderung des Bestand an Zahlungsmitteln laut Haushaltsplan 2024	-201.500 €
Rückstellungen 2023	-55.905,93 €
Haushaltsreste aus 2023	-564.115,57 €
	667.516,16 €

Der Bestand der frei verfügbaren Finanzmittel beläuft sich auf 667.516,16 € und entwickelt sich gemäß Finanzplanung wie folgt:

	Veränderung des Bestandes an Zahlungsmitteln lt. Plan	Bestand frei verfügbare Mittel	VE
31.12.2024		667.500 €	
2025	-479.900 €	187.600 €	
2026	-103.100 €	84.500 €	
2027	+21.000 €	105.500 €	
2028	+85.600 €	191.100 €	

Demnach ist die Zahlungsfähigkeit in den nächsten Jahren gesichert.

Zu beachten ist, dass die Pensions- und Beihilferückstellung in Höhe von ca. 1,475 Mio € nicht durch liquide Mittel gedeckt sind. Diese sind jedoch laut § 63 KomHKV aufzulösen. Dies erfolgt für den in der Eröffnungsbilanz ausgewiesenen Betrag ergebnisneutral, für die in den Jahren danach gebildeten Rückstellungen erfolgt dies ergebniswirksam. Zur Art der Auflösung ist ein Beschluss zu fassen. Dieser wird für die Sitzungen im Herbst vorbereitet.

Investitionen nach Produkten

11120 Amtsgebäude/Innere Verwaltung

Zur Verbesserung der Bürgerfreundlichkeit und Barrierefreiheit sind für 2025 Planungsleistungen für einen Fahrstuhl eingeplant. Die Umsetzung des Vorhabens kann mit einer Verpflichtungsermächtigung für 2026 erfolgen. In der Vorberatung hat der Amtsausschuss einen Sperrvermerk für diese Investition festgelegt. Dieser soll erst mit einer beschiedenen Förderung aufgehoben werden.

Weiterhin sind Planungsleistungen zur Installation einer Photovoltaikanlage vorgesehen. Hier soll ermittelt werden, mit welcher Größe und Leistung die Dachflächen des Amtsgebäudes bestückt werden können und ob sich dieses Vorhaben finanziell lohnt. Bei einem positiven Ergebnis muss die Finanzierung der Umsetzung geklärt werden.

Bedingt durch die Änderung der Organisationsstruktur werden im Haus Umzüge stattfinden. Nicht alle vorhandenen Möbel werden in den Räumen bleiben. In einigen Fällen ist ein Austausch notwendig, da die Möbel verschlissen sind. Weiterhin sollen die Standards des Arbeitsschutzes, Datenschutzes und der Digitalisierung berücksichtigt werden.

Wesentliche Änderungen:

- Streichung der Maßnahme Fahrstuhl
- Streichung der Vorbereitung Photovoltaikanlage
- Kürzungen bei Möbelbeschaffung

11150 EDV

Datenverfügbarkeit, Datenschutz und Datensicherheit zu gewährleisten, erfordert regelmäßige wiederkehrende Investitionen in die entsprechende Hardware. Diese sind unter dem Produkt 11150 dargestellt und bilden einen regelmäßigen Ausgabenbereich des Amtes ab.

Die Weiterentwicklung der Verwaltung im Bereich der digitalen Aktenführung soll 2025 erfolgen. Das Projekt soll 2025 umgesetzt werden. Es wurden weitere Mittel für E-Government-Module vorgesehen.

12600 Brandschutz

Für den Bereich des Brandschutzes wurden die Ersatzbeschaffungen der Beladung wieder im Haushaltsplan vorgesehen.

Löschwasserversorgung:

2025→ Ragow-Merz	Löschwasserbrunnen Eichenallee
2025→ Siedichum	Zisterne Grubenweg
2025→ Müllrose	Oberflurhydrant
2026→ Müllrose	Flachspiegelbrunnen Weideweg

Feuerwehrgerätehäuser:

div. darunter

- jährlich technische Ausstattung (Kommunikation, Unwettersystem)

2025→ Siedichum (Rießen)	Fluchttreppe und Sirenenanlage
2025→ Mixdorf	Blitzschutz
2025→ Müllrose	Trinkwasseranschluss und Sektionaltore
2026→ Schlaubetal (Fünfeichen)	Fluchttreppe
2027→ Grunow-Dammendorf	Sirenenanlage
2028→ Müllrose	Klimatisierung

Fahrzeuge:

- Ersatz Beladung Fahrzeuge → 5 T€ (jährlich)
- Beschaffung Tragkraftspritzen u. Notstromerzeuger → 15 T€, 20 T€ (im Wechsel)
- Einsatzleitwagen aus 2023 und 2024
→ 220 T€ → 100 T€ Förderung durch den Landkreis
- Tanklöschfahrzeug (BVaus 2023) Mittel aus 2023/2024
→ 612 T€ → 293,5 T€ Förderung durch den Landkreis
- 2028→ LF 20 Rießen
→ 500 T€ → 250 T€ Förderung LOS

Allgemeine Ausstattung/Bewegliche Ausstattung

- 2024 35,5 T€

Wesentliche Änderungen:

- Kürzung des hohen Ansatzes Sektionaltore um 100 T€ (Ausschreibungsergebnis 37 T€, Plan 150 T€)
- Aufnahme Sirenenanlage FGH Ragow
- 2028 → keine Darstellung Fahrzeug (aktuell Änderung der Förderrichtlinien)

21100 Grundschule Fünfeichen

Jährlich sind Mittel für den Ersatz von Schülmöbeln sowie den Austausch von Schülergeräten vorgesehen. In 2025 soll zudem die TK-Anlage erneuert werden.

57500 Tourismus

Wesentliche Änderungen:

- Investitionszuschuss zur Mönchstour → Sperrvermerk bis zum Beschluss des Amtsausschusses

Übersicht über Erträge und Aufwendungen nach Schwerpunkten

ausgewählte Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Nachtrag 2025	Plan 2026	Plan 2027	Plan 2028
Erträge							
Steuern	0,00	0	0	0	0	0	0
Zuwendungen	192.548,26	281.100	299.800	305.400	298.200	287.700	278.800
Umlagen	4.226.790,48	4.806.800	4.989.800	4.989.400	4.900.000	5.000.200	5.100.200
Gebühren u.ä. Entgelte	166.729,05	133.400	127.400	156.000	148.000	146.000	146.000
Sonstige Erträge	433.702,80	685.000	979.700	990.000	890.400	784.500	690.600
Summe aller Erträge	5.019.770,59	5.906.300	6.396.700	6.440.800	6.236.600	6.218.400	6.215.600
Aufwendungen							
Personalaufwand	2.986.619,72	3.670.500	3.647.900	3.912.100	3.918.600	4.030.900	4.101.100
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen.	943.540,25	1.159.400	1.472.500	1.422.900	1.347.700	1.151.200	1.034.600
Transferleistungen	35.710,79	85.200	87.100	86.100	96.600	97.100	99.100
Abschreibungen	1.408,64	607.200	712.900	775.500	760.600	740.600	713.200
Sonstige Aufwendungen	1.024.509,43	643.300	723.100	700.100	473.200	474.600	463.700
Summe aller Aufwendungen	4.991.788,83	6.165.600	6.643.500	6.896.700	6.596.700	6.494.400	6.411.700

Übersicht zu den Erträgen aus Zuwendungen und Umlagen

Zuwendung/ Umlage	Ergebnis 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Nachtrag 2025	Plan 2026	Plan 2027	Plan 2028
Schlüsselzuweisungen	0,00	0	0	0	0	0	0
Bedarfszuweisungen	0,00	0	0	0	0	0	0
Sonstige allgemeine Zuweisungen, Leistungsbeteiligungen	50.851,34	51.700	55.700	55.700	55.700	55.700	55.700
Zuweisungen und Zuschüsse für laufenden Zwecke	141.655,02	58.300	48.500	48.500	48.500	48.500	48.500
Erträge Auflösung SoPo Zuweisungen öff. Hand	41,90	171.100	195.600	201.200	194.000	183.500	174.600
Umlagen	4.226.790,48	4.806.800	4.989.800	4.989.400	4.900.000	5.000.200	5.100.200
Gesamt	4.419.338,74	5.087.900	5.289.600	5.294.800	5.198.200	5.287.900	5.379.000

Übersicht zu den Steuereinnahmen

Steuerart	Ergebnis 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Plan 2026	Plan 2027	Plan 2028
Realsteuern						
Grundsteuer A	0,00	0	0	0	0	0
Grundsteuer B	0,00	0	0	0	0	0
Gewerbesteuer	0,00	0	0	0	0	0
Gemeindeanteile an						
der Einkommenssteuer	0,00	0	0	0	0	0
der Umsatzsteuer	0,00	0	0	0	0	0
andere Steuern						
Vergnügungssteuer	0,00	0	0	0	0	0
Hundesteuer	0,00	0	0	0	0	0
Zweitwohnungssteuer	0,00	0	0	0	0	0
sonstige Steuern	0,00	0	0	0	0	0
steuerähnliche Einnahmen						
z.B. Kompensationszahlungen (Familienleistungsausgleich)	0,00	0	0	0	0	0
Gesamt	0,00	0	0	0	0	0

Keine Änderungen

Übersicht zu den Personalaufwendungen

Personalaufwendungsart	Ergebnis 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Plan 2026	Plan 2027	Plan 2028
Personalaufwand Angestellte	2.728.996,72	3.182.500	3.169.100	3.241.700	3.355.300	3.365.400
Zuführung und Inanspruchnahme Rückstellungen Angestellte	0,00	0	0	0	0	0
Personalaufwand Beamte	431.528,40	426.000	414.800	372.600	387.800	403.700
Zuführung und Inanspruchnahme Rückstellungen Beamte	76.830,00	107.000	214.000	110.000	111.000	112.000
Gesamt	3.237.355,12	3.715.500	3.797.900	3.724.300	3.854.100	3.881.100

Personalaufwendungsart	Ergebnis 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Nachtrag 2025	Plan 2026	Plan 2027	Plan 2028
Personalaufwand Angestellte	2.734.287,72	3.182.500	3.169.100	3.365.300	3.396.600	3.492.800	3.597.700
Zuführung und Inanspruchnahme Rückstellungen Angestellte	-26.532,00	62.000	0	64.000	0	0	0
Personalaufwand Beamte	427.274,00	426.000	414.800	482.800	522.000	538.100	503.400
Zuführung und Inanspruchnahme Rückstellungen Beamte	-148.410,00	0	214.000	0	0	0	0
Gesamt	2.986.619,72	3.670.500	3.797.900	3.912.100	3.918.600	4.030.900	4.101.100

Der Bestand der Pensionsrückstellungen wird wahrscheinlich zum Jahresende 2024 1.398,7 T€ ausgewiesen. Gemäß § 63 KomHKV sind davon 1.052 T€ (Anteil aus der Eröffnungsbilanz) gegen das Basisreinvermögen zu buchen. Der Restbetrag ist aufzulösen. Der Amtsausschuss entscheidet über die Art der Auflösung der Rücklage. Diese Auflösung kann einmalig oder (maximal analog der Jahre der Bildung) jährlich erfolgen. Die Auflösung der Rückstellung ist noch nicht in den Nachtrag eingearbeitet, da der Beschluss des Amtsausschusses aussteht. Dieser wird für den September vorbereitet.

Übersicht zu den Transferaufwendungen

Transferaufwandsart	Ergebnis 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Nachtrag 2025	Plan 2026	Plan 2027	Plan 2028
Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	35.710,79	85.200	87.100	86.100	96.600	97.100	99.100
Sozialtransferaufwendungen	0,00	0	0	0	0	0	0
Gewerbesteuerumlage	0,00	0	0	0	0	0	0
Allgemeine Umlagen	0,00	0	0	0	0	0	0
Sonstige Transferaufwendungen	0,00	0	0	0	0	0	0
Gesamt	35.710,79	85.200	87.100	86.100	96.600	97.100	99.100

Übersicht zum Investitionsplan

Ein- und Auszahlungsart	Ergebnis 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Nachtrag 2025	Plan 2026	Plan 2027	Plan 2028
Einzahlungen							
Einzahlungen aus Veräußerung	0,00	0	0	0	0	0	0
Zuweisungen und Zuschüsse	651.491,12	140.000	200.000	224.000	0	0	0
Beiträge	0,00	0	0	0	0	0	0
Sonst. Einzahlungen	0,00	0	0	0	0	0	0
Gesamt	651.491,12	140.000	200.000	224.000	0	0	0
Auszahlungen							
Vermögenserwerb	850.937,08	437.000	681.500	656.800	189.500	180.000	0
Baumaßnahmen	98.916,66	110.000	358.000	253.000	40.000	10.000	20.000
Zuweisungen und Zuschüsse	2.001,62	0	0	40.000	0	0	0
Sonstige Auszahlungen	0,00	0	0	909.800	0	0	0
Gesamt	951.855,36	547.000	1.039.500	1.859.600	229.500	190.000	20.000

Übersicht zum Finanzierungsplan

Ein- und Auszahlungsart	Ergebnis 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Plan 2026	Plan 2027	Plan 2028
Einzahlungen						
Kreditaufnahme	0,00	0	0	0	0	0
Sonstige Einzahlungen	0,00	0	0	0	0	0
Gesamt	0,00	0	0	0	0	0
Auszahlungen						
Tilgung von Krediten	0,00	0	0	0	0	0
Sonstige Auszahlungen	0,00	0	0	0	0	0
Gesamt	0,00	0	0	0	0	0

Keine Änderungen

Überblick über die Kassenlage

	Ergebnis 2023	Ansatz 2024
Bargeld	1.466,87	1.980,89
Sichteinlagen	527.635,80	562.544,11
Sonstige Einlagen	959.936,99	1.409.956,89
Gesamt	1.489.039,66	1.974.481,89

Übersicht Kassenkredite

	Ergebnis 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Plan 2026	Plan 2027	Plan 2028
Aufnahme von Kredite zur Liquiditätssicherung	0,00	0	0	0	0	0
Tilgung von Kredite zur Liquiditätssicherung	0,00	0	0	0	0	0
Saldo	0,00	0	0	0	0	0

Keine Veränderungen

Überblick über die Zinseinnahmen und –ausgaben (ohne kalkulatorische Zinsen)

Zinsenart	Ergebnis 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Nachtrag 2025	Plan 2026	Plan 2027	Plan 2028
Zinseinnahmen	11.594,94	10.000	8.000	20.000	10.000	5.000	1.000
Zinsausgaben	0,00	100	100	700	100	100	100
Saldo	11.594,94	9.900	7.900	19.300	9.900	4.900	900

Übersicht Jahresergebnisse

Jahresüberschüsse/Jahresfehlbeträge Finanzhaushalt

Ertrags./Aufwandsarten	Ergebnis 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Nachtrag 2025	Plan 2026	Plan 2027	Plan 2028
Erträge	5.019.770,59	5.906.300	6.396.700	6.440.800	6.236.600	6.218.400	6.215.600
Aufwendungen	4.991.788,83	6.165.600	6.643.500	6.896.700	6.596.700	6.494.400	6.411.700
Saldo	27.981,76	-259.300	-246.800	-455.900	-360.100	-276.000	-196.100

Finanzmittelüberschüsse/Finanzmittelfehlbeträge

Einzahlungen ./Auszahlungen	Ergebnis 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Nachtrag 2025	Plan 2026	Plan 2027	Plan 2028
Einzahlungen	663.086,06	150.000	208.000	244.000	10.000	5.000	1.000
Auszahlungen	951.855,36	547.100	1.039.600	1.203.500	229.600	190.100	20.100
Saldo	-288.769,30	-397.100	-831.600	-959.500	-219.600	-185.100	-19.100

Entwicklung des Vermögens und der Schulden

Entwicklung Vermögen (vorläufig)	2023	2024	Veränderungen
Anlagevermögen	7.538.699,13	7.448.784,32	-89.914,81
Umlaufvermögen	1.718.109,69	2.608.734,87	890.625,18

Entwicklung Schulden	2023	2024	Veränderungen
Verbindlichkeiten	169.132,07	190.852,77	21.720,70

Es wurden keine Investitionskredite aufgenommen.

In 2024 wurden Kassenkredite zur Kontodeckung kurzfristig in Anspruch genommen. Dies geschah im Rahmen einer Zeitverzögerung bei der Umsetzung von Finanzmitteln von einem Festgeldkonto zum Girokonto.

Übersicht zu kreditähnlichen Rechtsgeschäften, Bürgschaften u. ä.

	Ergebnis 2023	Ergebnis 2024
Hypothekenschulden	0,00	0,00
Grundsulden	0,00	0,00
Rentenschulden	0,00	0,00
Restkaufgelder im Zusammenhang mit Grundstücksgeschäften	0,00	0,00
Finanzierungsleasing	0,00	0,00
ÖPP-Projekte nach ES VG	0,00	0,00
Bürgschaften	0,00	0,00
Gesamt	0,00	0,00

